

Nachrichten aus Brüssel

@greens87 – stock.adobe.com

Beginn der schwedischen Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar hat Schweden turnusgemäß den rotierenden Vorsitz des Rates der Europäischen Union für die kommenden sechs Monate übernommen. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft steht mit dem Ukraine-Krieg, der Energiekrise und der Inflation vor großen Herausforderungen. Gleichzeitig müssen Antworten auf den Klimawandel und das Thema Migration gefunden werden.

Im Bereich Gesundheit wollen die Skandinavier die laufenden EU-Gesetzgebungsverfahren über den europäischen Gesundheitsdatenraum sowie zum Vorschlag für eine Verordnung über Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Substanzen menschlichen Ursprungs fortführen. Zudem will man die Umsetzung des EU-Planes zur Krebsbekämpfung fördern. Weitere gesundheitspolitische Themen sind die Risiken der zunehmenden Einsamkeit von Teilen der EU-Bevölkerung sowie das Thema pharmazeutische Versorgung. Die Präsidentschaft möchte in diesem Zusammenhang die geplanten Vorschläge der EU-Kommission zur Aktualisierung des allgemeinen Arzneimittelrechts und die Vorschläge für eine neue Verordnung über Arzneimittel für seltene Leiden und Kinderarzneimittel vorantreiben. Ein weiteres wichtiges gesundheitspolitisches Thema ist die Neuauflage der globalen Gesundheitsstrategie der EU. Eine herausgehobene Rolle soll dabei der Kampf gegen antimikrobielle Resistenzen auf globaler Ebene spielen.

CED-Stellungnahme zu Medizinprodukten

In Brüssel fand die Herbstvollversammlung des Council of European Dentists (CED) statt. Der europäische Dachverband der Zahnärzteschaft nahm auf Initiative der Bundeszahnärztekammer eine kritische Stellungnahme zur Umsetzung der EU-Verordnung 2017/745 über Medizinprodukte an. Die Organisation warnt darin eindringlich vor Engpässen bei der Versorgung mit Medizinprodukten, insbesondere wegen der bis Mai 2024 notwendigen Rezertifizierung von Bestandsprodukten, die sich sehr schleppend gestaltet. Ohne diese Neuzertifizierung dürften Medizinprodukte – auch wenn es sich um sichere und bewährte Erzeugnisse handelt – ab 2024 nicht mehr in Verkehr gebracht werden. Der CED rief den EU-Gesetzgeber auf, diesen bedrohlichen Entwicklungen umgehend entgegenzuwirken. Inzwischen hat die EU-Kommission die Übergangsfristen verlängert. Der

Vorschlag der Kommission muss aber noch vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen werden.

Nach Berichten aus einzelnen EU-Ländern über die negativen Folgen einer erleichterten Anerkennung von zahnmedizinischen Berufsabschlüssen aus Drittstaaten verabschiedeten die CED-Delegierten auf Initiative der Bundeszahnärztekammer und der Österreichischen Zahnärztekammer zudem eine Erklärung, in der sie betonen, dass in jedem Fall ein Anerkennungsverfahren durchgeführt werden muss. Dieses müsse vollständig sein und die Feststellung ermöglichen, inwiefern die Qualifikationen des Zahnarztes den geltenden EU-Anforderungen der Berufsanerkennungsrichtlinie (RL 2005/36 EG) entsprechen. Nach Ansicht des CED darf die Sicherheit der Patienten keinesfalls untergraben werden, auch wenn durch eine vereinfachte Anerkennung auf nationaler Ebene eine zahnmedizinische Unterversorgung in bestimmten Regionen bekämpft werden soll.

Ein weiteres Schwerpunktthema war der Fachkräftemangel in der Zahnmedizin, der zunehmend Zahnärztinnen und Zahnärzte in allen EU-Mitgliedstaaten trifft. Die CED-Delegierten verabschiedeten das Weißbuch „Herausforderungen im Bereich Fachkräfte in der Zahnmedizin“, in dem verschiedene Handlungsoptionen diskutiert werden, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

EU-Kommission legt Arbeitsprogramm vor

Die Europäische Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2023 vorgestellt. Es enthält 43 neue EU-Initiativen, die in den kommenden Monaten auf den Weg gebracht werden sollen. Im Bereich Gesundheitspolitik soll die Umsetzung des EU-Planes zur Krebsbekämpfung vorangetrieben und eine neue Strategie zur psychischen Gesundheit entwickelt werden. Zudem möchte die Kommission die Verhandlungen zum Europäischen Gesundheitsdatenraum 2023 abschließen. Im Bereich Wirtschaftspolitik sollen zum 30-jährigen Bestehen des gemeinsamen Binnenmarktes eine kritische Bestandsaufnahme durchgeführt und Reformvorschläge unterbreitet werden.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK